

Göttingens Geschichte: Gemeinsam erinnern, Zukunft gestalten!

Ein Konzeptpapier der offenen Vernetzung **Göttingen Postkolonial**



Göttingen, 25.6.2026

In den letzten Jahren haben sich viele Institutionen sowie zahlreiche Gruppen/Initiativen und Einzelpersonen intensiv mit kolonialer Vergangenheit, postkolonialer Gegenwart und Visionen einer dekolonialen Zukunft in Göttingen und der Region auseinander gesetzt. Daraus entstanden sind einige Konzeptpapiere, Stellungnahmen und Forderungskataloge - wie die von der Stadt Göttingen in Auftrag gegebene Vorstudie „Koloniale Vergangenheit in Göttingen?“ (2023) oder auch das Impulspapier „Bausteine für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur“ (2025). Aufbauend auf diesen Vorarbeiten haben Aktive von Göttingen Postkolonial mit Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen fünf Bereiche identifiziert, in denen konkrete Gestaltungsmöglichkeiten – auch bei knappen Kassen – möglich wären:

1. Wir sollten Kolonialismus als Gewaltgeschichte anerkennen, die bis heute fortwirkt – und ihr dekoloniale Zukunftsentwürfe entgegen setzen!

Kolonialismus als andauernde Gewaltgeschichte anzuerkennen und ihre Brüche und Kontinuitäten sichtbar zu machen, ist eine Voraussetzung für eine demokratische und gerechte Göttinger Stadtgesellschaft. Dazu gehört die kritische Thematisierung kolonialer Verflechtungen unserer Stadtgeschichte und unserer Institutionen, sowie der Abbau fortbestehender Ungleichheiten und rassistischer Strukturen. Neue Narrative zu Geschichte und Gegenwart eröffnen die Möglichkeit einer inklusiven Zukunft für alle in Göttingen und darüber hinaus.

Eine zeitgemäße Erinnerungskultur eröffnet die Möglichkeit, Göttingens Identität als „Stadt die Wissen schafft“ mit zentralen Aspekten zu bereichern. Ein derartiges „Update“ des Selbstverständnisses der Stadt birgt enormes Potenzial: Es würde der transkulturellen und internationalen Realität seiner Bewohner*innen Rechnung tragen und eine positive Außenwirkung der Stadt und seiner Institutionen fördern.

Die städtisch finanzierte Vorstudie „Koloniale Vergangenheit in Göttingen?“ (2023) war ein guter Anfang – jetzt sollten Schritte hin zu Gegenwart und Zukunft beim Umgang mit kolonialer Erinnerung und kolonialen Kontinuitäten folgen - wie sie auch in der Studie empfohlen werden: Die Beauftragung eines divers und macht-sensibel besetzten Gremiums zur Entwicklung eines multidirektionalen Erinnerungskonzept (vgl. Berlin 2019, Witzenhausen 2025, Hannover 2024) sowie die Einrichtung eines Runden Tisches zu Rassismus (vgl. Unna 2009, Heidelberg 2024, Nienburg) würden es ermöglichen, das Thema in Fachgremien besser vertretbar zu machen. Impulse würden auch der Beitritt zur europäischen „Städte-Koalition gegen Rassismus“ geben, wie das Beispiel vieler weiterer Städte (Nürnberg, Hannover, Wolfsburg etc.) zeigt.

2. Wir brauchen Lern- und Reflexionsräume, um koloniale Kontinuitäten sichtbar zu machen und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken!

Hierunter verstehen wir physische Orte, die Platz für Diskussionen und Austauschmöglichkeiten bieten und so Lernen und Reflektieren ermöglichen. Viele Räume, Ressourcen und Strukturen existieren bereits und sollten langfristig gestärkt und in ihrer Existenz gesichert werden:

1) Das „Stadtlabor – Wege zur kolonialkritischen Stadt“ bietet einen transformativen Raum an der Schnittstelle zwischen Universität und Stadtgesellschaft inmitten Göttingens – gemeinsam lassen sich hier viele Potenziale entwickeln und bestehende Überlegungen weiter entfalten. Dazu braucht es Unterstützung aus Politik und Verwaltung sowie ein klares Bekenntnis der Universität zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, damit die Nachhaltigkeit der langjährigen Arbeit gewährleistet werden kann.

2) Ein selbstverwaltetes Soziales Zentrum in der alten JVA würde einen nichtkommerziellen sowie gemeinnützigen „Third Space“ schaffen. Als offener Begegnungsort würde es Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammenbringen, kulturellen Austausch fördern und Raum für neue Formen des gemeinsamen Lernens bieten. Hier könnten hybride Lebens- und Wissensformen entwickelt werden und weiter wachsen.

3) Der „Weltbürgertreff“ des Vereins „Plea e.V.“ leistet seit vielen Jahren mit seiner niedrigschwelligen und lebensweltnahen Beratung von Menschen mit internationaler Geschichte einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und gesamtgesellschaftlichem Zusammenhalt. Eine verlässliche räumliche Unterstützung für diese Aktivitäten würde helfen, um das große Potenzial dieser Angebote unterstützen zu können und die zahlreichen Engagierten in ihrem Engagement wertzuschätzen.

3. Wir brauchen sichtbare (Gedenk-)Orte in der Stadt, die gemeinsames Erinnern ermöglichen und Perspektiven auf eine dekoloniale Zukunft eröffnen!

Öffentliche Räume in der Stadt beeinflussen welche Geschichten erzählt werden, wessen Erfahrungen sichtbar sind und welche verschwiegen werden. Eine zeitgemäße Erinnerungskultur sollte deshalb Räume für kritische Auseinandersetzung schaffen, wo koloniale Verflechtungen sichtbar und bislang marginalisierte Perspektiven einbezogen werden.

Ein besonderes Potenzial bietet hier die Umgestaltung des vielfach kritisierten Süd-West-Afrika Denkmal. Ein solcher Prozess sollte in enger Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der vom Genozid betroffenen OvaHerero und Nama geschehen. Zu einzelnen Vertreter*innen bestehen bereits gute Kontakte und ihre Ideen, Forderungen und Wünsche können signifikant zu einer dekolonial-informierten Transformation des öffentlichen Stadtraums beitragen. Gerne können dafür auch die bereits erstellten Medien genutzt werden (Stadtrundgang, Comic zum Denkmal, Interviews mit Ovaherero-Vetreter*innen zum Denkmal, mehrere Videos und Filme zum Thema sowie eine Podcastfolge).

Darüber hinaus kann die Stadt in Zusammenarbeit mit der engagierten postmigrantischen Zivilgesellschaft den öffentlichen Raum diskriminierungssensibler gestalten. Dazu bestehen bereits zahlreiche Ideen und Vorschläge, die unter anderem in der Vorstudie zusammengefasst wurden: Wünschenswert wäre eine stärkere institutionelle Verankerung von Erinnerungspolitik innerhalb der Stadtverwaltung, wie dies beispielsweise in vielen anderen Städten (vgl. bspw. Braunschweig, Regensburg, Lübeck oder Hannover) praktiziert wird. Da dies jedoch aus Kostengründen eher unrealistisch erscheint, könnten bestehende Einrichtungen und Institutionen (Stadtarchiv, Stadtmuseum) das Thema stärker und dauerhaft in ihre Arbeit integrieren – wie dies ja teilweise auch schon geschieht. Insbesondere bergen Straßenumbenennungen viel Potenzial, um den öffentlichen Raum zu dekolonisieren und neue Impulse zu setzen. Solche Maßnahmen schaffen Sichtbarkeit für bislang wenig beachtete Personen, Ereignisse und Perspektiven und setzen zugleich ein Zeichen für ein vielfältiges und demokratisches Geschichtsverständnis.

Auch im Bereich Wohnungspolitik können rassismussensible Perspektiven Räume gestalten, die weniger an kolonialen Kontinuitäten anknüpfen: Die realen Benachteiligungen auf dem Göttinger Wohnungs- und Arbeitsmarkt müssen klarer angegangen werden. Wir unterstützen die Einrichtung und Weiterführung der Antidiskriminierungsberatung. In der Praxis sortieren viele Wohnungsgeber Personen mit ausländischen Nachnamen bereits nach der Erstanfrage aus. Oft fordern sie hohe Mieten ohne die Mindeststandards und gesetzliche Vorgaben für Instandhaltung der Wohnung für Mieter zu erfüllen, aus.

4. Wir brauchen eine Bildungsoffensive, um die Auseinandersetzung mit Kolonialismus und seinen Kontinuitäten bis heute dauerhaft in Bildungseinrichtungen zu verankern!

Die Auseinandersetzung mit Kolonialismus, Rassismus und globalen Ungleichheitsverhältnissen ist eine zentrale Aufgabe zeitgemäßer Bildung und Vermittlung an Universitäten, Hochschulen, Schulen und außerschulischen Lernorten wie Museen. Rassismussensibles Forschen und Vermitteln sowie kolonialismuskritische Bildung liefern die besten Voraussetzungen, aus historischen Erfahrungen zu lernen und Gegenwart sowie Zukunft verantwortungsvoll für eine dekoloniale Stadtgesellschaft zu gestalten. Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen sollte gezielt gefördert werden.

Die Stadt kann hier eine wichtige koordinierende Rolle übernehmen: Durch Vernetzungsimpulse, Informationsweitergabe (beispielsweise zu zivilgesellschaftlichen Angeboten wie kolonialkritischen Stadtrundgängen oder unseren und weiteren Filmen zum Thema etc.) und weiteren Aktivitäten, welche Reflexionen zu Kolonialismus und seinen Kontinuitäten in städtischen außerschulischen Bildungseinrichtungen integrieren. Sie kann die Weiterführung der [Beratungsstelle gegen Rassismus in der Bildung \(BeRBi\)](#) von [amfn e.V.](#) sichern, damit der Beratungsstandort, der seit März 2025 für Göttingen aufgebaut wird, auch nach 2026 noch weiterbestehen kann und sowohl die Beratungs- und Sensibilisierungsangebote weiter ausführen kann, als auch Schulen bei der diversitätsorientierten und diskriminierungssensiblen Weiterentwicklung unterstützen.

5. Wir brauchen Unterstützung bei der Beschaffung von (finanziellen) Mitteln für ein weiteres Engagement hin zur kolonialismuskritischen Stadt!

Auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene stehen Fördermittel für Projekte in den Bereichen Erinnerungskultur, Diversität, Demokratiebildung und gesellschaftliche Teilhabe zur Verfügung. Institutionen wie die Europäische Union stellen Mittel zur Verfügung, um an dekolonialen Zukünften vor Ort zu arbeiten: Hier braucht es die städtische Unterstützung beim Mitdenken, Mitschreiben und insbesondere bei der Mittelbeantragung. Gemeinsame Antragsstellungen oder auch die ideelle Unterstützung stärken die Erfolgchancen und schaffen die Grundlage für langfristige Projekte hin zu einer kolonialismuskritischen Stadt. Wir haben mit dem ASA-FF e.V. als Trägerverein vor, einen Antrag auf Fördergelder einzureichen, die auch die Einrichtung von Stellen ermöglichen würden. Wir laden die Stadt dazu ein, dieses Vorhaben zu unterstützen und mit uns dafür in eine Kooperation zu gehen. Wir freuen uns sehr, dazu angesprochen zu werden, um das Vorhaben gemeinsam weiterentwickeln zu können.

Gemeinsam erinnern, Zukunft gestalten und was es dafür braucht

Die Umsetzung dieser Vorschläge erfordert keine kostspieligen Großprojekte. Viele der notwendigen Ressourcen, Kompetenzen und Strukturen sind in Göttingen bereits vorhanden. Zahlreiche Initiativen, Vereine, Bildungseinrichtungen, kulturelle Akteur*innen und engagierte Einzelpersonen arbeiten seit Jahren zu Fragen von Erinnerungskultur, Vielfalt, Rassismus und gesellschaftlicher Teilhabe. Entscheidend ist daher vor allem die Bereitschaft, bestehendes Wissen sichtbar zu machen, Akteur*innen zu vernetzen und vorhandene Potenziale gezielt zu unterstützen. Die Stadt muss diese Prozesse nicht allein tragen. Vielmehr kann sie als Ermöglicherin, Vermittlerin und Partnerin auftreten. Bereits kleine Impulse – etwa die Unterstützung bei Förderanträgen, die Bereitstellung von Räumen oder die stärkere Einbindung bestehender Institutionen – können große Wirkung entfalten.



Kontakt:

<https://goettingen-postkolonial.de/>
goettingen-postkolonial@riseup.net
goettingenpostkolonial@asa-ff.de